

# **Vereinbarung über die Paritätische Vertrauenskommission (PVK)**

zwischen dem

Schweizer Berufsverband der Krankenschwestern und Krankenpfleger (SBK)

und

- der Medizinaltarif-Kommission UVG (MTK)
- der Invalidenversicherung (IV), vertreten durch das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)
- dem Bundesamt für Militärversicherung (BAMV)

(nachfolgend Versicherer genannt)

betreffend die Bildung einer Paritätischen Vertrauenskommission (PVK)

## **1. Einleitung**

Als vertragliche Schlichtungsinstanz wird gestützt auf Artikel 7 des Tarifvertrages vom 25. Oktober 1999 von den Vertragsparteien eine für alle Kantone zuständige paritätische Vertrauenskommission bestellt.

## **2. Aufgabe**

- 2.1 Die PVK amtiert als verschiedensgerichtliche Schlichtungsinstanz für sämtliche Meinungsverschiedenheiten, welche sich aus der Anwendung des Tarifvertrages ergeben.
- 2.2 Die PVK behandelt Anfragen über Tarifinterpretationen und Neutarifizierungen. Sie berücksichtigt bei ihren Empfehlungen die Aspekte der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmässigkeit.

## **3. Kompetenzen**

Für Aufträge gemäss Ziffer 2.1 besitzt die Kommission keine Entscheidungsbefugnis; über ihre Schlichtungsvorschläge, die gutachterlichen Charakter haben, muss Einstimmigkeit bestehen.

## **4. Zusammensetzung der PVK**

- 4.1 Die Kommission besteht aus :

- zwei Vertreterinnen/Vertretern des SBK
- zwei Vertreterinnen/Vertretern der Versicherer (MTK/IV/ MV)

- 4.2 Die Vertragsparteien bezeichnen für ihre Mitglieder je eine(n) Stellvertreter/in. Der Vorsitz wird turnusgemäss von den einzelnen Partnern wahrgenommen.

## **5. Sekretariat der PVK**

- 5.1 Das Sekretariat der PVK wird durch den SBK geführt.
- 5.2 Anfragen sind an die Geschäftsstelle SBK, Choisystrasse 1, Postfach 8124, 3001 Bern, zu richten.

## **6. Beizug von Fachexpertinnen/en**

Die Kommission ist berechtigt, Fachexpertinnen/en beizuziehen oder andere Massnahmen zur Klärung von Meinungsverschiedenheiten zu treffen.

## **7. Organisation**

- 7.1 Die PVK arbeitet innert 4 Monaten nach Eingang der Anfrage einen Schlichtungsvorschlag aus. Die Sitzungen der PVK werden protokolliert. Die Kommission gibt ihre Schlichtungsvorschläge schriftlich bekannt.
- 7.2 Kann die PVK innert vier Monaten nach Eingang der Anfrage keinen Schlichtungsvorschlag unterbreiten oder lehnt eine der Parteien den Schlichtungsvorschlag ab, so ist die Anrufung des Schiedsgerichtes möglich.
- 7.3 Die Anfechtung eines unterbreiteten Schlichtungsvorschlages hat innert 30 Tagen zu erfolgen.
- 7.4 Die Veröffentlichung von PVK-Beschlüssen ist Sache der Vertragsparteien.


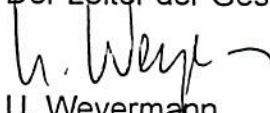
## **8. Finanzierung**



- 8.1 Die Vertragsparteien entschädigen ihre Vertreter/innen selber. Die Kosten des Sekretariates werden je zur Hälfte vom SBK und von den Versicherern übernommen.
- 8.2 Bei mutwilliger Anrufung der PVK können die Kosten ganz oder teilweise der Beschwerdeführerin/dem Beschwerdeführer überbunden werden.

## 9. Inkrafttreten / Kündigung


- 9.1 Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.
- 9.2 Die Kündigung richtet sich nach Ziffer 8 des Tarifvertrages vom 25. Oktober 1999.

Luzern und Bern, den 25. Oktober 1999

|   |  |
|---|--|
| Schweizer Berufsverband der Krankenschwestern und Krankenpfleger<br>Die Präsidentin | Der Leiter der Geschäftsstelle   |
|    |  |
| M. Müller-Angst   | U. Weyermann   |

|   |   |
|---|---|
| Medizinaltarif-Kommission UVG (MTK)<br>Der Präsident                              | Bundesamt für Sozialversicherung<br>Abteilung Invalidenversicherung<br>Die Vizedirektorin |
|  |        |
| W. Morger   | B. Breitenmoser   |

Bundesamt für Militärversicherung  
Der Vizedirektor

  
K. Stampfli